

## Medienmitteilung Nr. 2014 / 13

---

<b>Thema</b>	Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen SZ für den 30. November 2014
Datum	04. November 2014
Für Rückfragen	Pietro Imhof Mobile +41 79 684 10 06
Absender	Grünliberale Partei Kanton Schwyz eMail <a href="mailto:pietro.imhof@grunliberale.ch">pietro.imhof@grunliberale.ch</a> Mobile +41 79 684 10 06, <a href="http://www.sz.grunliberale.ch">www.sz.grunliberale.ch</a>

---

### Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen Kanton Schwyz für den 30. November 2014

Die Grünliberalen Kanton Schwyz empfehlen, die Doppelinitiative des Hauseigentümerverbands Schwyz (HEV) "Faire Vermögenssteuerwerte" und "Faire Eigenmietwerte" abzulehnen. Die Eidgenössischen Volksinitiativen ECOPOP und die Goldinitiative empfehlen sie ebenfalls zur Ablehnung. Bei der Pauschalbesteuerung hat die Mitgliederversammlung Stimmfreigabe beschlossen.

#### **NEIN zur Kantonalen Volksinitiative „Faire Vermögenssteuerwerte“**

#### **NEIN zur Kantonalen Volksinitiative „Faire Eigenmietwerte“**

Die Finanzlage des Kantons Schwyz ist aus den Fugen geraten. Die Grünliberalen Kanton Schwyz vertreten die Meinung, dass in absehbarer Zeit eine nachhaltig ausgeglichene Staatsrechnung erreicht werden muss. Das Schwyzer Stimmvolk hat am 28. September 2014 die Teilrevision des Steuergesetzes deutlich angenommen und damit den ersten Schritt zur Sanierung der Kantonsfinanzen gemacht. Die beiden Initiativen des HEV stehen jedoch quer zu einer ausgeglichenen Staatsrechnung.

Mit den Initiativen werden dem Kanton Schwyz Steuereinnahmen entzogen. Werden die Vermögenssteuerwerte und die Eigenmietwerte der Immobilien gemäss dem Willen der Initianten deutlich unter dem eigentlichen Marktwert steuerlich festgelegt, so bedeutet dies in erster Linie eine Reduktion des Kantonssteuerertrags, sowie eine Bevorteilung der Hauseigentümer gegenüber allen anderen Steuerpflichtigen. Das vom HEV vorgebrachte Argument, dass durch tiefere Vermögenssteuerwerte die NFA-Zahllast gesenkt werden kann, besticht nicht. Er suggeriert damit, dass bei Annahme der Initiative das Defizit des Kantons verringert werden kann. Er verschweigt dabei, dass durch die tiefer angesetzten Liegenschafts- und Eigenmietwerte in erster Linie der Kanton weniger Steuern einnimmt und somit das Defizit des Kantons nur vergrössert wird. Dies darum, weil der Steuerertrag höher ist, als die daraus resultierende NFA-Zahllast.

Es stehen nun alle in der Verantwortung sich an der Sanierung der Kantonskasse zu beteiligen. Es wäre aktuell verantwortungslos, einzelne Interessengruppen steuerlich zu bevorteilen.

Deshalb zweimal NEIN zur Doppelinitiative des Hauseigentümerverbands.

#### **NEIN zur Eidgenössischen Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen"**

Die Grünliberalen Kanton Schwyz erachten die Volksinitiativen „Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“, kurz ECOPOP, als falscher Lösungsansatz. Die Probleme im Zusammenhang mit der Zunahme der Wohnbevölkerung in der Schweiz sind damit nicht zu lösen. Die Initianten geben vor, aus umweltschützerischen Motiven zu handeln, davon ist im Initiativtext nichts zu finden.

Deshalb NEIN zur ECOPOP-Initiative.

#### **NEIN zur Eidgenössischen Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)"**

Die Grünliberalen Kanton Schwyz vertreten die Meinung, dass die Schweizerische Nationalbank gute Arbeit zum Wohle der Schweiz leistet. Um dies weiterhin zu gewährleisten, soll die SNB auch in Zukunft unabhängig und mit dem notwendigen Handlungsfreiraum wirken können. Mit der Annahme der Goldinitiative würde ihre Handlungsfreiheit jedoch eingeschränkt, indem die SNB ihre heutigen Goldreserven in etwa verdoppeln müsste und nie mehr Gold verkaufen dürfte, auch nicht in Notsfällen. Grundsätzlich sind Reserven, die man selbst in Notsituationen nicht mehr verkaufen kann, keine echten Reserven mehr.

Deshalb NEIN zur Gold-Initiative

**Stimmfreigabe zur Eidgenössischen Volksinitiative "Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)"**

Die Grünliberalen Kanton Schwyz beschliessen Stimmfreigabe, da sich die Argumente für ein Ja oder ein Nein die Waage halten. Zum einen erachten sie die Aufwands- oder Pauschalbesteuerung als überholtes und teilweise auch ungerechtes Steuerverfahren. Aus diesen Gründen ist eine Annahme der Initiative durchaus angezeigt. Aus liberaler Sicht drängt sich jedoch eine Ablehnung auf, da durch die Initiative in die Steuerhoheit der einzelnen Kantone eingegriffen wird und dies dem Grundsatz des Föderalismus widerspricht.

Grünliberale Partei des Kantons Schwyz